

Terminvorschau

vom 13. bis 18. 12. 1976

Montag, 13. 12.

Vorstandssitzung der SPD und Arbeitskreise der Fraktionen

Sportausschuß

Haushaltsgesetz 1977

Dienstag, 14. 12.

Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.

Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung

Haushaltsgesetz 1977

Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Haushaltsgesetz 1977

Verordnung zur Änderung zum Vieh- und Fleischgesetz

Rechnungsprüfungsausschuß

Landeshaushaltsrechnung 1974

Petitionsausschuß

Petitionen

Mittwoch, 15. 12.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Hauptausschuß

Gesetz über die Entschädigung der Abgeordneten

Haushaltsgesetz 1977

Donnerstag, 16. 12.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Ausschuß für Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebau

Erhöhung der Entschädigungssätze für ehrenamtliche Kommunalpolitiker

F.D.P.-Abgeordnete schlägt vor: Rauchverbot bei Ausschußsitzungen

Die F.D.P.-Abgeordnete Silke Gerigk-Groht hat ein Rauchverbot bei den Sitzungen aller Landtagsausschüsse beantragt. In einem Schreiben an Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz setzt sie sich mit Nachdruck für einen Nichtraucherschutz ein. In den letzten Jahren habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Passivrauchen eine Gesundheitsgefahr darstelle. Gerade im Hinblick „auf die Ausschußsitzungen in beengten und schlechtbelüfteten Räumen im Landtag sollten entsprechende Konsequenzen gezogen werden und müßte festgelegt werden, daß während der Sitzungen die Luft rauchfrei zu sein hat“, fordert Frau Gerigk-Groht. Eine solche Regelung hätte eine „signalgebende Wirkung“. Es könnte auch daran gedacht werden, einen entsprechenden Passus in die Geschäftsordnung des Landtags aufzunehmen.

Bei der F.D.P. (wie auch bei der CDU) besteht bei Fraktionssitzungen bisher kein Rauchverbot, wohl aber bei der SPD-Fraktion.

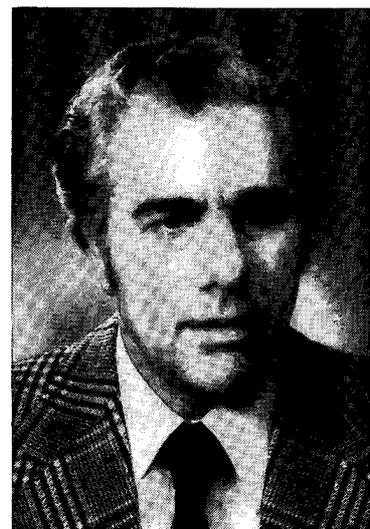
Porträt der Woche

Franz Busch ist ein Kumpel. Nicht nur, weil seine Kollegen und Freunde ihm diese menschlich-positive Eigenschaft nachsagen; nein: Busch, Jahrgang 1922, seit 1970 Mitglied des Landtags am Düsseldorfer Schwanenspiegel, ist ein „richtiger“ Bergmann. Zwar haben ihn seine Tätigkeiten als Gewerkschafter im DGB-Kreis Essen, dessen Vorsitzender er ist, und als – direkt gewählter – Volksvertreter im nordrhein-westfälischen Parlament so in Beschlag genommen, daß er seinen erlernten Beruf nicht mehr ausübt; als Sproß einer alten Bergmannsfamilie fühlt er sich aber auch heute noch den Belangen des „schwarzen Handwerks“ verpflichtet. „Schließlich habe ich sogar eine Bergmannstochter geheiratet“, erzählt er.

Mit 14 Jahren ging Franz Busch als Bergmannslehrling in Essen „auf Zeche“, gleich nach Krieg und Gefangenschaft arbeitete er wieder in der Schachtanlage „Zollverein“ unter Tage. Die Besatzungszeit („Da lag bei Verhandlungen mit den Betriebsräten immer die Pistole auf dem Tisch“), der Hunger und das Bedürfnis, in einer Gemeinschaft den Schrotthaufen des „Dritten Reiches“ beiseite zu räumen, brachten ihn beinahe zwangsläufig zur Sozialdemokratischen Partei und zur IG Bergbau und Energie, denen er sich 1947 anschloß. Sein soziales Engagement für die Kumpel nutzte er gleichzeitig als damals jüngstes Betriebsratsmitglied der Zeche. In dieser Zeit hat er gelernt, „daß es nichts hilft, verbissen auf seinem Standpunkt zu beharren. Nach einem Schnäpschen mit der Gegenseite verhandelt es sich viel besser und: Man erreicht mehr.“

So lernt man denn Franz Busch nicht als ideologisierenden Theoretiker kennen, sondern als Praktiker, der weiß, worum es geht, wenn er zum Beispiel die Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit beklagt. Er lebt schließlich im Brennpunkt der Probleme, dort, wo sich eine Kohlenkrise und eine allgemeine Wirtschaftskrise immer zuerst widerspiegelt.

Im Wirtschaftsausschuß und im Landwirtschaftsausschuß des Landtags nimmt Busch, wann immer sich die Möglichkeit bietet, die Gelegenheit wahr, nach Lösungen aktueller Probleme zu



Franz Busch (SPD)

suchen. Daß der ehemalige Kumpel sich dabei für eine vernünftige Kohlepolitik stark macht, entspringt dann nicht etwa einer wehmütigen Erinnerung an vergangene Zeiten. Das ist vielmehr die nüchterne und harte Konsequenz aus der Ölkrise: daß man sich langfristig auf die eigenen Energiequellen besinnen und sich nicht von zeitlich begrenzten Notständen in seinen Entscheidungen leiten lassen sollte. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Ansiedlung von Kernkraftwerken sieht Franz Busch mit gemischten Gefühlen: Einmal weiß er zu gut, was Umweltverschmutzung ist und wie auf diesem Gebiet im Zwang des schnellen Wiederaufbaus „geschludert“ worden ist; zum anderen ärgert ihn die emotionale Voreingenommenheit uninformativer Protestler. „Da ist noch ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit nötig“, meint Busch.

Nicht selten dauert der Arbeitstag des „Kumpel-Abgeordneten“ zwölf Stunden: Morgens mal eben beim DGB-Kreis in Essen nach dem Rechten sehen, dann in den Landtag nach Düsseldorf, anschließend zum Bezirksvorstand der SPD, dem er ebenso angehört wie dem Unterbezirksvorstand in Essen. Wenn's dicke kommt“, hat er noch Termine bei der Industrie- und Handelskammer (hier ist er Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses) oder beim Landessozialgericht in Essen, dem er als Richter angehört. Schließlich nimmt auch der Vorsitz im Verwaltungsausschuß des Essener Arbeitsamtes ein gerüttelt Maß an Zeit in Anspruch.

Dieter Bartel